

Aus dem Sitzungssaal vom 25.09.2015

Einwohnerfragestunde

Die anwesenden Zuhörer hatten keine Anfragen.

Bebauungsplan "Gewerbegebiet Hirschäcker, 1. Erweiterung"

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt Bürgermeister Roland Miola Herrn Jens Fuhrmann vom Kreisplanungsamt beim Landratsamt Schwäbisch Hall.

a) Behandlung der Stellungnahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 1 BauGB) und Behörden (§ 4 Abs. 1 BauGB) mit Abwägungsbeschlüssen

In kurzen Worten geht Herr Fuhrmann nochmals auf die Notwendigkeit dieser Planung ein und erläutert dann dem Gemeinderat, die ihm vorliegende „schriftlich zusammengefassten Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange/der Öffentlichkeit und Beschlussvorschlag. Hieraus ergibt sich dann eine angeregte Diskussion, über Fragen der Planung und der inhaltlichen Zusammenfassung. U. a. wird über die Grünordnung, die Stellungnahme des Landwirtschaftsamts, in der Auswirkung des bestehenden Bullenmaststalles und der beantragten Erweiterung und der damit resultierenden Auswirkungen auf den Bebauungsplan, die Erweiterungsmöglichkeit von Gewerbeflächen im Flächennutzungsplan, den nicht gebauten Viehdurchlass unter der Landesstraße und den dafür geleisteten Ausgleich des Landes an den Grundstücksbesitzer, die Notwendigkeit, Gewerbefläche zur Verfügung zu stellen, den Nachweis der Unternehmer neuer Gewerbeflächen usw. gesprochen und näher erläutert.

Im Weiteren schlägt Bürgermeister Miola vor, die eingegangenen Stellungnahmen im Einzelnen durchzusprechen und den Abwägungsbeschlussvorschlag nochmals zu erläutern und ggf. durch den Gemeinderat den Text zu verändern und abschließend darüber abzustimmen. Im Anschluss daran wird dann auch so verfahren.

Bei zwei Gegenstimmen wird dem Abwägungsbeschlussvorschlag für die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart, höhere Raumordnungsbehörde, zugestimmt.

Bei der Stellungnahme Regionalverband Heilbronn-Franken wird aus dem Gemeinderat der Antrag gestellt, dass zusätzlich bei der Beurteilung des Vorhabens beim Abwägungsbeschlussvorschlag aufgenommen wird, dass die Erweiterungsflächen konkret nochmals erhoben werden. Unter Berücksichtigung dieses Antrags wird dem vorgelegten Abwägungsbeschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Für die vorliegenden Abwägungs- und Beschlussvorschläge für die Stellungnahme des Landratsamts Schwäbisch Hall, Deutsche Telekom, Heilbronn, Terra-Netz BW GmbH, Zweckverband Wasserversorgung Nord-Ost-Württemberg, Crailsheim, Netzgesellschaft Ostwürttemberg GmbH, Ellwangen, Stellungnahmen von Privatpersonen, Traugott Wörner, wird den Abwägungsbeschlussvorschlägen einstimmig zugestimmt. Bei der Stellungnahme von Privatpersonen der Familie Anneliese Fritz, Wolfgang Fritz, wird dem Abwägungsbeschlussvorschlag bei zwei Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Beim Vorschlag Änderung der Gemeinde- bzw. Planer wird bei einer Enthaltung einstimmig zugestimmt.

Abschließend gibt Bürgermeister Miola bekannt, dass alle Beteiligte die Stellungnahmen im Verfahren abgegeben haben und über das Ergebnis in der Gemeinderatssitzung unterrichtet werden.

b) Sachstandsbericht und Fortführung des Verfahren

Wie bereits in der Bürgerversammlung angesprochen, kann das Baugesuch von Klaus Wohlfarth in Fichtenberg fortgeführt werden, wenn die Gemeinde eine Befreiung für die 73 qm, die im Grünstreifen liegen, ausspricht und gleichzeitig auch zusagt, dass wir ein Bebauungsplan-

verfahren für die östliche Fläche angrenzend an das bestehende Gewerbegebiet beschließen werden. Dadurch ist es möglich, dass in diesem Stadium ohne Nachweis der Stellplätze das Baugesuch weiter bearbeitet werden kann. Die noch zu ermittelnden Stellplätze müssen durch die Firma bis zum Abschluss der Baumaßnahme gegenüber der Baurechtsbehörde nachgewiesen werden. Der Geltungsbereich sollte Richtung Norden geringfügig erweitert werden, so dass die gesamten Grundstücke innerhalb des Geltungsbereichs des Bebauungsplans liegen würden. Auf ihnen könnten z.B. Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden. Dies würde dann im weiteren Verfahren geprüft. Nachdem sich einzelne Grundstücksverhandlungen und Kompromissversuche noch länger hinziehen werden, wird vorgeschlagen, das Verfahren in einen nördlichen und in einen östlichen Teil zu untergliedern, da es notwendig ist, den östlichen Teil ohne Verzögerung weiter zu führen. Der östliche Teil soll dann auch unter dem bisherigen Namen weiter geführt werden. Hinzu kommt, dass auch größere Erschließungsaufwendungen notwendig wären. Vom Landratsamt wurde zudem gefordert, dass eine Bilanzierung des Ausgleiches erfolgt und für jedes Gewerbegebiet auch unabhängig davon einen Ausgleich dargestellt werden muss. Daher wäre es sinnvoll, diese Arbeiten auch gleich an das Landratsamt mit zu vergeben.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass das Kreisplanungsamt den Bebauungsplan in östliche Richtung und den erforderlichen Grünordnungsplan fertigt und die Verwaltung beauftragt wird, mit dem Landratsamt Schwäbisch Hall, wie für das Bauvorhaben gefordert, ein öffentlich rechtlichen Vertrag abschließen kann. Der Aufstellungsbeschluss selbst wird in der nächsten Gemeinderatssitzung gefasst. Zwischenzeitlich soll die Zeit genutzt werden, mit den Grundstückseigentümern weiterhin Gespräche zu führen.

c) Sonstiges

-/-

Bürgerversammlung am Montag, 21.09.2015

hier: Information mit Beschlüssen

Bürgermeister Miola informiert, dass die Bürgerversammlung sehr gut besucht war und bedankt sich auch bei den Gemeinderäten und den Mitarbeitern für ihre Teilnahme. Gegenstand der Bürgerversammlung war die Gewerbegebietserweiterung „Hirschäcker, 1. Erweiterung“, die ausführlich schon im vorangegangenen Tagesordnungspunkt angesprochen wurde. Im Weiteren wurde über die 1200-Jahr-Feier 2016, das Programm und die Inhalte informiert. Nachdem der Jubiläumskalender fertig gestellt wäre, schlägt Bürgermeister Miola vor, ihn in einer Auflage von 500 Exemplaren zu erstellen (Vorbestellungen liegen für 420 Exemplare vor).

Bei einer Enthaltung stimmt der Gemeinderat einstimmig zu.

Angeregt wird in diesem Zusammenhang, dass die Vereine im Kalender eigentlich hätten näher Berücksichtigung finden sollen. Bürgermeister Miola erläutert, dass es in diesem Kalender nicht mehr möglich ist, aber für nächstes Jahr könnte dies für einen weiteren Kalender vorgesehen werden, falls wieder einer erstellt würde.

Ein weiterer Bestandteil war der Bericht von den Baustellen. Hierbei ging es vor allen Dingen um die Baumaßnahme in der Hauptstraße, Lindenstraße, Hoflochstraße und Tannenweg. Mit der Baumaßnahme im Tannenweg soll dieses Jahr nicht mehr begonnen werden, da die anderen Maßnahmen erst zum Ende des Jahres so weit als möglich fertig gestellt werden sollen. Die Maßnahme selbst wird dann im Frühjahr ausgeführt.

Im Anschluss daran wurde der Feuerwehrbedarfsplan durch die Feuerwehrkameraden dargestellt. Bürgermeister Miola bedankt sich nochmals bei Herrn Pfalzer für die gute Darstellung

und fasst zusammen, dass nach Abklärung wird Verwaltung und Kreisbrandmeister der Bauausschuss sich mit dem Thema befassen wird, als Vorberatung zur Gemeinderatssitzung. Unter Verschiedenes wurden die Sitzkissen für die Aussegnungshalle angesprochen, die leider dieses Jahr nicht mehr lieferbar sind. Die Gemeindeverwaltung steht in Verhandlung mit der Lieferfirma.

Unter Anfragen aus der Bevölkerung waren wieder verkehrsrechtliche Fragestellungen genannt worden.

Der Gemeinderat nimmt den Vortrag zur Kenntnis.

Grund- und Werksrealschule Fichtenberg

hier: Info über Anmeldungen für die neuen Betreuungsformen mit Beschlüssen

In den ersten Tagen nach den Ferien haben von Montag bis Freitag zwischen 18 bis 20 Kinder die Betreuung von 7.30 bis 8.30 Uhr und Montag/Dienstag 10 Kinder, mittwochs zwei Kinder und Donnerstag/Freitag 20 Kinder die Betreuung von 12.00 – 13.00 Uhr besucht. Bei der Hausaufgabenbetreuung am Nachmittag nahmen zwischen 5 und 6 Kinder teil. Aufgrund dieser Zahlen wurde auch mit den Erzieherinnen über die Angebote gesprochen, ob es denkbar wäre, dass an einzelnen Tagen auch Einzelangebote gebucht werden können. Vorschlag der Erzieherinnen und der Verwaltung wäre, für die Vormittagsbetreuung 4,- Euro/Tag und für die Nachmittagsbetreuung 6,- Euro/Tag zu erheben, soweit dies vom Personal leistbar und für die Eltern, die ein Jahreskontingent gebucht haben, nicht teurer wird. Die Entscheidung soll bei den Erzieherinnen liegen.

Nach einer kurzen Diskussion stimmt der Gemeinderat einstimmig.

Beratung und Beschlussfassung der Jahresrechnung 2014

Jahresrechnung 2014

Das Gesamtvolumen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts beträgt rd. 7,6 Mio. Euro. Davon entfallen 6,27 Mio. € auf den Verwaltungshaushalt und 1,38 Mio. Euro) auf den Vermögenshaushalt.

Das Haushaltsjahr 2014 ist von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung einerseits und von einer sparsamen Haushaltswirtschaft andererseits geprägt.

Es konnte ein Überschuss im Verwaltungshaushalt als Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt in Höhe von 992.221,28 € erwirtschaftet werden. Gegenüber der Haushaltsplanung fällt die Zuführungsrate um rd. 386.000 € höher aus und gegenüber dem Vorjahr fällt die Zuführungsrate um rd. 100.000 € höher aus.

Verwaltungshaushalt:

Zur Ergebnisverbesserung haben im Wesentliche die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer von netto 235.859 €, sowie Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen vom Land von + 30.735 €, bei den Holzerlösen von + 23.130 €, bei den Verrechnungseinnahmen vom Vermögenshaushalt + 9.098 €, bei den sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen + 8.847€, bei den Säumniszuschlägen + 6.376 €, beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer + 5.644 € (hat in 2014 mit 1,4 Mio. € an Einnahmen den historisch höchsten Wert erreicht) und Einsparungen bei den Personalkosten in Höhe von 52.827 €. Bei den Zuweisungen an Zweckverbände insbesondere an AZV Rottal und an das Verbandsbauamt) konnte ein Betrag von 44.013 € eingespart werden. Außerdem waren Einsparungen bei der Unterhaltung der Grundstücke u. baulichen Anlagen sowie des sonstigen unbeweglichen Vermögens von 30.500 € und bei der Bewirtschaftung der Grundstücke von 35.376 € zu verzeichnen. Im Ge-

gensatz dazu mussten hauptsächlich Mindereinnahmen bei den Zuweisungen vom Land für die Kindergartenförderung von 48.880 € und bei den Friedhofsgebühren von 24.187 € und Zinseinnahmen von 21.861,35 € kompensiert werden.

Der Kostendeckungsgrad beim Friedhof beläuft sich auf 56,4 % (Vorjahr 75,3%), weil sich die Bestattungsgebühren um rd. 24.000 € im Gegensatz zum Vorjahr reduziert haben.

Vermögenshaushalt:

Verzichtet wurde auf den Übertrag der Haushaltsausgabereste bei der Sportplatzsanierung von rd. 172.000 € auf der Ausgabenseite da diese in 2015 neu veranschlagt wurden. Ebenso bei der Landessanierung im Bereich Ortskern II, wo lediglich Ausgaben in der Bahnhofstraße im Bereich der Bahnunterführung von rd. 53.000 € aufgewendet wurden. In 2014 wurden Zuschüsse von rd. 59.000 € abgerufen.

Außerdem konnte vom Landkreis ein Kostenanteil von rd. 101.000 € für das BV Erlenhofer Str. Süd vereinnahmt werden.

Die Bauarbeiten zur Beseitigung Bahnübergang Rathausstraße wurde in 2014 fortgesetzt. Im Jahr 2014 sind Ausgaben von rd. 20.700 € angefallen. An Zuschüssen konnten 75.000 € vom Bund und 30.800 € von der Bahn vereinnahmt werden.

Bei der Beseitigung Bahnübergänge L 1066 wurde eine Abschlagszahlung von rd. 477.000 € am Jahresende bezahlt. Die restlichen Haushaltsmittel werden ins Folgejahr übertragen.

Ein Investitionsschwerpunkt im Vermögenshaushalt war die Erschließung des Baugebietes Waldeck, für den Straßenbau, WL-Bau und Kanalbau sind Kosten von rd. 591.000 € in 2014 angefallen. Die restlichen Haushaltsmittel werden nach 2015 übertragen.

Beim Baugebiet Brückäcker, 3. Änderung werden die Haushaltseinnahmereste aus Vorjahre in Höhe von rd. 115.070 € nicht nach 2015 übertragen. Sie werden in dem Haushaltsjahr veranschlagt, in dem mit der Realisierung der Grundstückserlöse gerechnet werden kann. Für den Straßen-, Kanal- und Wasserleitungsbau sind in 2014 Kosten in Höhe von rd. 33.000 € angefallen.

Ein weiterer Investitionsschwerpunkt waren die Straßensanierungen bei der Lindenstraße und Im Kellerfeld, hier sind Kosten für Tiefbaumaßnahmen von rd. 170.000 € angefallen.

Bei der westlichen Hauptstraße sind in 2014 bei der Kanal- und Wasserleitungssanierung Ausgaben von rd. 6.500 € angefallen. Die restlichen Haushaltsmittel werden ins Folgejahr übertragen.

Beim Friedhof sind bei der neuen Aussegnungshalle noch Ausgaben von rd. 35.000 € angefallen. Es liegt eine haushaltsrechtliche Überschreitung von rd. 25.000 € vor.

Beim Bauhof musste für den alten Deutz ein Traktor außerplanmäßig neu beschafft werden. Die haushaltsrechtliche Überschreitung liegt bei rd. 43.000 €.

An Grundstückserlösen konnten rd. 193.000 € (Vorjahr rd. 135.000 €) insbesondere für 4 Bauplätze Erlöst werden. Im Gegenzug wurden Grundstücke im Wert von rd. 93.000 € erworben.

Rücklage:

Wegen der um rd. 386.000 € höheren Zuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt und der zeitlichen Verschiebung von Investitionsmaßnahmen bzw. der Auflösung von Haushaltsresten aus Vorjahren mussten der Rücklage lediglich 37.382,92 € entnommen werden. Es war ursprünglich eine Rücklagenentnahme in Höhe von 510.727 € veranschlagt. Der Stand der allgemeine Rücklagen beträgt zum Jahresende erfreulicherweise rd. 1,3 Mio. €. Der Mindestbetrag der nicht entnommen werden darf liegt bei 119.846 €. Die Gemeinde bleibt weiterhin schuldenfrei.

Die Jahresrechnung 2014 wurde gemäß dem vorgelegten Beschlussvorschlag vom Gemeinderat einstimmig festgestellt.

Abschließend bedankt sich Bürgermeister Miola und der Gemeinderat bei Kämmerin Karin Essig für den Vortrag und die zusammengestellten Unterlagen.

Vertrag zur Übernahme der Wirtschaftsverwaltung im Körperschaftswald und Vertrag zur Übernahme des Nadel-Stammholzverkaufs durch die Holzverkaufsstelle des Landkreises Schwäbisch Hall

Das Bundeskartellamt hat dem Land u. a. den gebündelten Verkauf von Nadelstammholz aus Staatswald mit Nichtstaatswald über 100 ha untersagt. Das Land wird zeitnah einen Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung beim zuständigen Gericht stellen und Beschwerde einlegen. In der Übergangsphase bis zur verbindlichen Klärung durch den Gerichtsentscheid muss jedoch die Kernforderung des Bundeskartellamts hinsichtlich der Trennung umgesetzt werden. Daher wurden uns zwei Verträge vom Landratsamt Schwäbisch Hall vorgelegt, die diese Regelungen beinhalten.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, den Verträgen zuzustimmen.

Bausachen

a) Errichtung eines Schuppens für Gartengeräte auf bestehender Garage im BBPL "Kellerfeld I", Fichtenberg

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

b) Neubau einer Lagerhalle mit angrenzendem Werkstatt-/Bürogebäude im BBPL "Gewerbegebiet Hirschäcker, 5. Änderung", Fichtenberg

Das Baugesuch wurde vorher bereits ausführlich dargestellt. Es ist notwendig, dass die Gemeinde eine Befreiung für den Eingriff im Osten in den Grünstreifen des rechtskräftigen Bebauungsplans ausspricht und in der laufenden Bebauungsplanerweiterung diese bilanziert und ausgleicht, sowie ein Aufstellungsbeschluss für die Baugebietserweiterung fasst. Dies ist in der vorangegangenen Tagesordnung bereits berücksichtigt. Ebenfalls soll mittels eines öffentlich-rechtlichen Vertrags der Ersatz zwischen Gemeinde und Landratsamt gesichert werden und würde entfallen, wenn ein neuer Bebauungsplan rechtskräftig ist.

Der Gemeinderat stimmt der Befreiung und dem Baugesuch zu.

c) Bau eines Carports, Staffelhalde, Erlenhof

Teile dieses Baugesuchs liegen im Außenbereich.

Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu, die Befreiung für den Außenbereich zu erteilen.

d) Neubau einer Remise für Fahrzeuge, Hauptstraße, Fichtenberg

Der Gemeinderat ist darüber informiert worden, dass von Seiten des Verbandsbauamt Gaildorf

eine andere Zufahrtssituation wünschenswert wäre. Dies wurde dem Bauantragsteller mitgeteilt. Das Baugesuch selbst entspricht der Bauvoranfrage und den gesetzlichen Regelungen. Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

e) Auffüllung und Verdolung, Mittelrot

Im Rahmen der Flurneuordnung für die Beseitigung der Bahnübergänge L 1066 wurden im Tauschverfahren Flächen zwischen Land und Eigentümern getauscht. Hierdurch war es notwendig, entfallende Ackerflächen auszugleichen. Dies ist zur Planung umgesetzt. Der Gemeinderat stimmt einstimmig zu.

f) Bericht von den Baustellen

entf.

g) Sonstiges

Ein Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes für die Jahre 2016 – 2018 sieht vor, dass auch öffentliche Mittel in die Verbesserung der Infrastruktur fließen. Für uns bedeutet dies, dass wir im Bereich des Bahnhofes einen behindertengerechten Zugang schaffen könnten. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass wir uns mit 25 % der Bausumme beteiligen und ein Planfeststellungsverfahren durchführen. Dies wäre für die Erhöhung des Bahnsteiges oder auch für Aufzüge notwendig. Aufzüge dürften sich in diesem Bereich nicht realisieren lassen. Eine grobe Kostenschätzung für die Erhöhung des Bahnsteiges am Gleis 1 ergab Kosten von ca. 800.000 Euro, was einen Eigenanteil von 200.000 Euro bedeuten würde. Zudem müsste die Gemeinde mit der Bahn bei einer Bahnsteigerhöhung vereinbaren, dass auf Gleis 1 eingefahren wird, was bisher immer abgelehnt worden ist. Aufgrund dieser kurzen Umsetzungszeit, die für ein Planfeststellungsverfahren nicht ausreichen dürfte und der Höhe der zu erwartenden Kosten, wird die Gemeinde keinen Antrag stellen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Annahme von Spenden

Den eingegangenen Spenden wird einstimmig zugestimmt.

Bekanntgabe und Sonstiges

1200-Jahr-Feier 2016

Bürgermeister Miola informiert über zwischenzeitlich neue Gespräche mit den Beteiligten und Programminhalten.

Gemeinderatsangelegenheiten

Nachdem immer wieder die Frage nach Befangenheit und Ausschluss von der Beratung im Gemeinderat besteht, wird dem Gemeinderat ein Auszug der BWGZ über die Befangenheit und ein Befangenheitskatalog ausgehändigt.

Neuapostolische Kirche Fichtenberg

Die neuapostolische Kirche in Fichtenberg wird ihr 50-jähriges Jubiläum am 18.10.2015 feiern und lädt den Gemeinderat und Bürgermeister herzlich dazu ein.

Fa. Scholz Recycling GmbH % Co.KG

In der letzten Gemeinderatssitzung war der Erdhaufen in westlicher Richtung angesprochen worden. Bürgermeister Miola informiert, dass die Firma in Absprache mit dem Landratsamt Schwäbisch Hall die Erde beseitigen wird.

Asylbewerber in der Gemeinde

Zu Zeit sind im eigenen Gebäude zwei Asylbewerber untergebracht und weitere bei privaten Familien.

Wasserversorgung Hornberg

Von der Stadt Murrhardt wurde mitgeteilt, dass sich durch eine Satzungsänderung eine andere Kalkulation des Wasserpreises ergibt. Vor allen Dingen werden jetzt die Wasserzähler direkt erhoben, was unsere Lieferung verteuern wird.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Marktplatzveranstaltung „Boys in Black“

Es ergibt sich ein Abmangel von 1.340,- Euro bedingt durch eine zu viel erschienene Zeitungsanzeige.

Abschließend werden die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung bekannt gegeben.

Gemeinderatsfragestunde

Gemeinderat Jörg Weckler fragt nach, ob es rechtens ist, dass für den Schwimmunterricht nach Gschwend 2,- Euro/Schüler/Fahrt von der Schule erhoben wird.

Bürgermeister Miola informiert, dass dies im Rahmen der Budgetierung der Schule erfolgt. Zuständig ist die Schule.

Im Weiteren geht er noch auf die Parkplatzausfahrt am Bahnhof ein. Nach seiner Ansicht sollte die Verkehrsschau dies nochmals anschauen.

Bürgermeister Miola informiert, dass dies schon Gegenstand von mehreren Besprechungen war und eine abschließende Stellungnahme vorliegt.

Gemeinderat Mario Rieger spricht an, dass er von Einwohnern darauf angesprochen wurde, dass die Baggerfahrer in der Lindenstraße zu schnell fahren würden und Kinder dadurch gefährdet wären. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

Gemeinderätin Bianca Koch bittet, die Oberflächenwassermulde beim Norma für den Winter vorzubereiten, dass dort Schlittschuhlaufen möglich ist. Bürgermeister Miola informiert, dass dies jedes Jahr von Bauhofseite aus erfolgt.

Im Weiteren spricht sie den Fußweg von der Erlenhofer Straße zur Straße Schelmenäcker an. Dort wird entgegen der rechtlichen Seite auch mit Fahrzeugen gefahren. Sie bittet Abhilfe zu schaffen. Z.B. Pfosten oder Steine. Dies wird zugesagt.

Gemeinderat Horst Kleinknecht fragt nach der Verdolung im Bereich des Anwesens Hagel zum Schützenhaus auf der Langerter Straße. Bürgermeister Miola informiert, dass Verbandsbaumeister Manfred Sonner einen Vorschlag unterbreiten wird. In diesem Zusammenhang wird auch bekannt gegeben, dass ein Geschwindigkeitsmessgerät angeschafft wird.

Gemeinderat Wolfgang Fritz fragt nach, welchen Sachstand die Tablet-Angelegenheit hat. Bürgermeister Miola informiert, dass die Listen innerhalb ihrer Fraktion noch keine Mitteilung gaben.